



Nr. 339 | 21.01.2025

Polen-Analysen

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025

■ ANALYSE	
Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025 – Bedingungen, Ziele und Möglichkeiten	2
Piotr Womela, Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau	
■ STATISTIK	
BIP pro Kopf und Militärausgaben im europäischen Vergleich	9
■ UMFragen	
Umfragen zur Europäischen Union und zur polnischen EU-Ratspräsidentschaft	11
■ CHRONIK	
3. Dezember 2024 – 20. Januar 2025	15

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025 – Bedingungen, Ziele und Möglichkeiten

Piotr Womela, Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau

DOI: 10.31205/PA.339.01

Zusammenfassung

Die aktuelle internationale Lage und die politische Situation in der Europäischen Union geben Polen die Chance, während seiner EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2025 eine wichtige Rolle zu spielen. Die innenpolitischen Schwierigkeiten in Deutschland und Frankreich schränken deren Entscheidungsfähigkeit ein, was den Handlungsspielraum für Polen erweitert – insbesondere im Bereich Verteidigung, der infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine an Bedeutung gewonnen hat. Zusätzlich unterstreicht die von Donald Trump nach seinem Amtsantritt als Präsident der USA am 20. Januar 2025 avisierte Politik des »Deal« die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit der EU zu stärken, was mit den Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft einhergeht.

Ein zentraler Programmpunkt der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist die Sicherheit in verschiedenen Bereichen. Die Ziele sind insbesondere in der medialen Vermittlung sehr ambitioniert formuliert. Nicht ohne Bedeutung ist hier der Wahlkampf für das Amt des Staatspräsidenten in Polen, der in die Zeit der EU-Ratspräsidentschaft fällt. Realistisch betrachtet, gibt die sechsmonatige Ratspräsidentschaft dem betreffenden Staat keine besonderen Instrumente, um bahnbrechende Veränderungen herbeizuführen. Doch es gibt eine Reihe informeller Mittel, welche die Möglichkeit bieten, den eigenen Standpunkt deutlich zu machen. Zusätzliche Möglichkeiten ergeben sich außerdem aus dem aktuellen Amtszyklus der EU-Institutionen: Die Strategien für die kommenden Jahre werden erst noch ausgearbeitet. Die Ziele der Ratspräsidentschaft können also breiter gefasst sein, als es die rein vertragsmäßige Funktion der Präsidentschaft nahelegt, und deren Umsetzung kann darin bestehen, verschiedene Ressourcen und kommunikative Möglichkeiten zusammenzubringen – in einer Zeit, in der die Augen ganz Europas auf Polen gerichtet sind.

Die internationalen Bedingungen

Im ersten Halbjahr 2025 hat Polen zum zweiten Mal in seiner Geschichte den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Die sechsmonatige Ratspräsidentschaft fällt in eine schwierige Zeit. Im Osten dauert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine an und der Konflikt im Nahen Osten droht weiter zu eskalieren. Darüber hinaus muss die Europäische Union Beziehungen zur US-Regierung unter dem neuen Präsidenten Donald Trump aufbauen, der angekündigt hat, die Sicherheitsgarantien der USA für das Nordatlantische Bündnis von der Erhöhung der Verteidigungsausgaben der EU-

Staaten abhängig zu machen sowie Zölle auf europäische Waren einzuführen. Gleichzeitig geht die Dynamik der europäischen Wirtschaft zurück und ist dabei, den Wettbewerb mit Amerika und Asien zu verlieren, wovon sich der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, in einem alarmierenden und breit kommentierten Bericht überzeugt zeigt.

Angesichts dieser Herausforderungen könnte sich der bisher zuverlässige Antrieb der europäischen Integration, die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris, als unzulänglich erweisen. Anfang 2025 sind politische Wirren in diesen beiden größten EU-Ländern zu beobachten, zumal in Deutschland im Februar vorgezogene Bundestagswahlen stattfinden werden und in Frankreich im Dezember 2024 die Regierung auseinanderbrach und der neue Ministerpräsident eine stabile Mehrheit erlangen und sich mit der Haushaltskrise messen muss.

Unter diesen Umständen übernimmt Polen von Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft. Ein großer Teil der EU-Staaten nahm den Wechsel mit Erleichterung und Hoffnung auf. Die ungarische Präsidentschaft wurde aufgrund des Konfliktes zwischen Budapest und Brüssel wegen der Nichtbeachtung europäischer Werte sowie des Verständnisses, das der ungarische Regierungschef Viktor Orbán dem Regime des russischen Präsidenten Wladimir Putin entgegenbrachte und was ihn in einer eigenmächtigen »Friedensmission« nach Moskau führte, kritisch beurteilt. Die Erwartung Polen gegenüber besteht vor allem darin, dass die Arbeit des EU-Rates wieder ruhiger wird und damit begonnen wird, die aktuell brennenden Probleme zu lösen. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat unlängst auf einer Pressekonferenz den Wunsch einer »tiefgehenden Korrektur der Prioritäten der Europäischen Union« geäußert.

Er hob hervor, dass die polnische Ratspräsidentschaft nicht routinemäßig geführt werden und danach streben soll, dass der polnische Standpunkt berücksichtigt wird.

Die Herausforderungen, die vor der Europäischen Union stehen, und die Stagnation der bisherigen Führung Europas bergen für Polen die Chance, sich als Land zu positionieren, das fähig ist, große europäische Zukunftsprojekte zu initiieren.

Was die aktive Gestaltung der strategischen Debatte begünstigt, ist der Umstand, dass die polnische Ratspräsidentschaft mit einer neuen institutionellen Agenda einhergeht. Die neue Europäische Kommission wird in ihren ersten 100 Tagen Initiative zeigen und neue Projekte vorstellen, welche die Richtung der europäischen Politik für die kommenden fünf Jahre angeben. Dieser Zeitpunkt schafft die Möglichkeit, eigene Forderungen in die europäische Agenda einzubringen. In der Zeit der Ratspräsidentschaft »werden wir mehr Diskussionen initiieren, und ihre Beendigung wird Dänemark und Zypern, den beiden nächsten Ratspräsidentschaften unseres Trios, zukommen«, sagte die Vizeministerin für europäische Angelegenheiten, Magdalena Sobkowiak-Czarnecka, in einem Interview.

Polen hat in seinem Motto der EU-Ratspräsidentschaft klar zusammengefasst, was es für das Wichtigste hält: »Sicherheit, Europa!« Der Aspekt der Sicherheit soll dementsprechend in jegliche außen- und innenpolitische Entscheidungen der EU einbezogen werden. Diese Haltung ist nicht verwunderlich. Angesichts der russischen Aggression war Polen von Beginn an ein Fürsprecher für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas. Für Verteidigungszwecke bestimmt es im Jahr 2025 selbst 4,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, womit es die Rolle eines europäischen Falken annimmt.

Dabei belegt Polen Sicherheit nicht nur mit militärischer Bedeutung. Im Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist auch die Rede von Energiesicherheit und ökonomischer Sicherheit sowie Lebensmittelsicherheit, gesundheitlicher Sicherheit, Informationssicherheit und innerer Sicherheit. In diesem Verständnis bezieht Sicherheit ein anderes europäisches Leitthema ein, das der Wettbewerbsfähigkeit.

Ressourcen – die polnische Soft Power

Einer der wesentlichen Faktoren, die über die Effektivität einer EU-Ratspräsidentschaft entscheiden, ist das Vertrauen der EU-Partner in die Administration des Landes, das den Vorsitz ausübt – sowohl vonseiten der Europäischen Kommission als auch der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes. Bereits vor dem Beginn haben die europäischen Eliten der aktuellen Regierung in Warschau einen großen Vertrauensvorschuss gewährt. Ministerpräsident Donald Tusk ist in Brüssel als einer der führenden Politiker in der Europäischen Union aner-

kannt. Die Zeitung »Politico« bezeichnete ihn als einflussreichste Person in Europa. Dank seiner bisherigen politischen Tätigkeiten als Regierungschef in Polen, Präsident des Europäischen Rates und Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) hat er große Anerkennung erlangt. In den polnischen Parlamentswahlen im Herbst 2023 hat das liberal-demokratische Bündnis unter seiner Führung die Koalition von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die für Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit kritisiert wird, von der Regierung abgelöst. Die aktuelle Regierungskoalition, welche die Notwendigkeit der Rückkehr Polens in den europäischen Mainstream unterstreicht, erlangte einen weiteren Sieg in den Europawahlen 2024. Das Wahlbündnis Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), dessen Frontmann Donald Tusk ist, erhielt gut 37 Prozent der Stimmen. Ein solches Ergebnis steht im Kontrast zu den Ergebnissen in Deutschland, die sich als Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz verstehen lassen, sowie in Frankreich, wo der rechtspopulistische Front National siegte. Der Erfolg stärkte Tusks Position als den letzten Aufrechten, der die Populisten aus der Regierung drängt. Das Ansehen des polnischen Ministerpräsidenten sowie seine Erfahrungen sind Ressourcen, die der polnischen EU-Ratspräsidentschaft Wirkmächtigkeit geben können.

Die EU-Ratspräsidentschaft kann für Polen die Rückkehr auf die Hauptbühne bedeuten und zeigen, dass das Land wieder ein Rechtsstaat mit einem stabilen Rechtssystem ist, in das es zu investieren lohnt. António Costa, der Präsident des Europäischen Rates, sagte während der Eröffnung der Ratspräsidentschaft in Warschau: »Polen ist eine Quelle der Resilienz und Energie in Zeiten, in denen Autoritarismus und Populismus eine immer größere Gefahr für unsere Werte darstellen.«

Polen will also seine Soft Power-Ressourcen auf Glaubwürdigkeit bauen – als demokratischer Staat mit einer sich schnell entwickelnden Wirtschaft sowie als Land, das eine führende Rolle in der neuen europäischen Sicherheitsstrategie spielen kann.

Der Krieg in der Ukraine und die hybriden Gefahren vonseiten Russlands haben die europäische Einstellung zur Sicherheit verändert. Als Frontstaat spielt Polen eine Schlüsselrolle in der neuen Sicherheitsarchitektur Europas. Warschau hat seit Jahren vor der Nachgiebigkeit Russlands gegenüber und der Abhängigkeit von russischen Energieträgern gewarnt. Die Warnungen erwiesen sich als zutreffender als die damalige Haltung westeuropäischer Hauptstädte, die sich auf das Konzept »Handel durch Wandel« stützte. Die polnische Sichtweise fügt sich vollkommen in das Wiederaufleben der Realpolitik ein und kann der Europäischen Union Impulse geben, die notwendig sind, um sich mit den globalen Heraus-

forderungen und der wirtschaftlichen Transformation zu messen. Die Bedeutung Polens im gegenwärtigen geopolitischen Kontext ist unbestreitbar, unabhängig davon, wie wirksam die Mittel der Ratspräsidentschaft genutzt werden. Der ehemalige Botschafter Deutschlands in Polen, Rolf Nikel, bezeichnete die aktuelle Zeit als »polnischen Moment«. Die Hauptaufgabe für Polen wird es sein, aus diesem »Moment« eine dauerhafte geostrategische Umorientierung Europas zu gestalten.

Der innenpolitische Kontext

Außer den bereits genannten Aspekten, wieder Glaubwürdigkeit und Ansehen auf der internationalen Bühne zu erlangen, begleitet noch ein anderes Ziel die polnische EU-Ratspräsidentschaft. Es geht hier um die polnische Innenpolitik und die Wahlen des Staatspräsidenten.

Die polnischen Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 haben die Parteien der aktuellen Regierungskoalition in hohem Maße aufgrund ihrer proeuropäischen Einstellung gewonnen. Die Mehrheit der Wähler wünschte sich die Rückkehr Polens nach Europa, nach Jahren der Isolation, in welche die PiS-Regierung das Land hineinmanövriert hatte. Die europäische Politik ist die Karte, welche die aktuelle Regierung ausspielen muss, insbesondere, da ihre Errungenschaften in anderen Bereichen nicht besonders positiv beurteilt werden. Das hat auch damit zu tun, dass die ausufernden Erwartungen der Wähler die Möglichkeiten der aktuellen Regierung übersteigen, denn diese muss mit einem enormen Haushaltsdefizit fertig werden. Nach Umfragen von United Survey vom Dezember 2024 meinen knapp 53 Prozent der Befragten, dass das Leben in Polen unter der gegenwärtigen Regierungskoalition schwieriger geworden ist. Nur 33 Prozent gaben an, dass sie nach dem Regierungswechsel 2023 besser leben. Der einzige Bereich, der sich allgemeiner Anerkennung erfreut, ist die Außenpolitik, insbesondere die europäische, was Untersuchungen 100 Tage nach der Amtsübernahme der Regierung bestätigen.

Es ist anzunehmen, dass Tusk mithilfe der EU-Ratspräsidentschaft die Zustimmungswerte für die Regierung verbessern will. Im Rahmen der Präsidentschaft sollen ca. 500 Veranstaltungen in ganz Polen stattfinden. Außerdem wird sie von unzähligen Pressekonferenzen und Interviews begleitet. Auf diese Weise kann die Regierung ihre Erfolge präsentieren. Die mediale Botschaft der Regierung lautet, dass Polen als wichtiger Akteur auf die europäische Bühne zurückkehrt, Regierungschef Tusk und seine Minister also ein Sicherheitsgarant für Polen angesichts der äußeren Gefahren sind.

In diesem Zusammenhang kommt auch den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Polen eine besondere Bedeutung zu. Das Staatsoberhaupt wird in Direktwahlen im Mai 2025 bestimmt; der offizielle Wahlkampf

begann im Januar. Der Kandidat der Bürgerkoalition ist Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, ehemaliger Europaabgeordneter sowie Minister für europäische Angelegenheiten. Er kann seine internationalen Erfahrungen als Trumpf einsetzen und sein Ansehen als proeuropäischer Politiker, der sich um die Interessen Polens in der Europäischen Union kümmern wird, hervorheben. Sein Hauptkonkurrent ist der Europaskeptiker Karol Nawrocki, der von der PiS unterstützt wird. Allerdings wird Trzaskowski, ebenso wie Tusk, messbare Erfolge der polnischen EU-Ratspräsidentschaft brauchen, um letztlich die Wahlen zu gewinnen.

Was will Polen machen?

Der Vertrag von Lissabon reduziert die Rolle der EU-Ratspräsidentschaft eher auf technische und administrative Funktionen, allerdings eröffnet die Leitung des Rates der Europäischen Union die Möglichkeit, den Ton und die Richtung der Debatten zu setzen. Polen plant Hunderte Treffen, Sitzungen von untergeordneten Gremien, Arbeitsgruppen und Ausschüssen des Rates der Europäischen Union in Brüssel und Warschau sowie Konferenzen mit europäischen Politikern und internationalen Experten. Im Rahmen dieser mehr oder weniger formellen Formate soll die Diskussion über die Richtung der Reform der Europäischen Union stattfinden. Darüber hinaus werden diplomatische Aktivitäten, die über den engen vertragsmäßigen Rahmen der Ratspräsidentschaft hinausgehen, die Präsidentschaft flankieren. Der Vorsitz im Europäischen Rat lässt sich also als komplementäres Instrument der Europapolitik der Regierung im weiteren Sinne betrachten.

Polen übernimmt von seinen Vorgängern eine hohe Anzahl nicht abgeschlossener Prozedere, darunter ca. 50 Gesetzgebungsverfahren sowie eine Reihe nicht legislativer Akte. Dazu gehört u. a. das Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigung, das der neuen Europäischen Kommission die Richtung weisen soll. Polen wird auf die von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigten gemeinsamen Verteidigungsinvestitionen Einfluss nehmen wollen, um sie in konkrete Maßnahmen zu fassen.

Während der polnischen Ratspräsidentschaft werden die Gespräche über den europäischen Haushalt beginnen, d. h. den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2028–2034. Ein vorläufiger Entwurf wird sicherlich in der Zeit der dänischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2025 vorgestellt werden, aber Polen kann bereits die Debatte zu diesem Thema anstoßen. Ein Teil der EU-Staaten erwartet vorangehende informelle Konsultationen, die in die Zeit der polnischen Präsidentschaft fallen würden. Dem Programm der Präsidentschaft zufolge beabsichtigt Polen, über den Entwurf des Finanzrahmens während der Expertenkonfe-

renz im Februar 2025 zu sprechen und anschließend auf der informellen Sitzung des Rates »Allgemeine Angelegenheiten« (RAA). Mit Sicherheit werden sich viele weitere Formate sowohl im Rahmen des Rates der Europäischen Union als auch außerhalb desselben auf tun, um die Haushaltsperspektive zu behandeln, und Polen hat die Absicht, aktiv an diesen Diskussionen teilzunehmen.

Ein Thema wird die gemeinsame Schuldenaufnahme sein. Warschau wird sich für die Erhöhung des EU-Haushaltes aussprechen und dies mit der Notwendigkeit begründen, dass die großen Herausforderungen etwa im Bereich der Sicherheit und der Wettbewerbsfähigkeit bewältigt werden müssen. Beide Bereiche erfordern hohe Investitionen. Piotr Serafin, EU-Haushaltskommissar und langjähriger Mitarbeiter von Donald Tusk, hat bereits die Notwendigkeit angekündigt, im neuen Mehrjährigen EU-Finanzrahmen die Eigenanteile zu erhöhen und Privatkapital einzusetzen.

Sicherheit und Verteidigung

Im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird sich die polnische Ratspräsidentschaft auf drei Prioritäten mit Schlüsselbedeutung fokussieren: maximale Unterstützung für die Ukraine, Aufrechterhaltung der harten Politik gegenüber Russland und Belarus sowie Stärkung der Sicherheit und Resilienz der Europäischen Union. Die Pläne enthalten die dauerhafte politische, militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine sowie die Verstärkung des Drucks auf Russland, u. a. durch das 16. Sanktionspaket – bestenfalls bis zum 24. Februar, dem vierten Jahrestag der russischen Invasion. Polen wird sich außerdem um die Unterstützung der EU-Staaten dafür bemühen, dass die eingefrorenen russischen Aktiva für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden dürfen.

Außenminister Radosław Sikorski hat unterstrichen, dass die Politik Russland und Belarus gegenüber nach dem Prinzip »no business as usual« betrieben werden müsse. Polen wird hierfür zwei wichtige Verbündete unter den neuen Amtsträgern der EU haben: Kaja Kallas, die ehemalige Ministerpräsidentin von Estland, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ist, sowie den ehemaligen Regierungschef von Litauen Andrius Kubilius, jetzt Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt. Das ist insofern wesentlich, als die baltischen Staaten den polnischen Standpunkt hinsichtlich der russischen Bedrohung teilen.

Eine weitere Priorität ist die EU-Erweiterung, die im Programm der Ratspräsidentschaft als »geopolitischer Imperativ sowie Chance auf eine Ausweitung der Zone der Stabilität und Entwicklung« bezeichnet wird. Auf dem Tisch liegen die Eröffnung des ersten Verhandlungsklusters zu fundamentalen politischen Kriterien mit der Ukraine und Moldau sowie die Fortsetzung

der Verhandlungen mit Albanien und Serbien. Die Aufgabe der Ratspräsidentschaft wird es sein, im Rat »Allgemeine Angelegenheiten« Einvernehmen unter den 27 EU-Ländern zu erlangen, was für die Eröffnung eines Verhandlungsklusters erforderlich ist. Das kann schwierige Gespräche mit Ungarn bedeuten, das Vorbehalte gegenüber einer ukrainischen Mitgliedschaft äußerte, und möglicherweise auch mit der Slowakei. Des Weiteren wird die polnische Ratspräsidentschaft die proeuropäischen Bestrebungen der georgischen Zivilgesellschaft unterstützen und auf eine Umkehr des antieuropäischen Trends der aktuellen Regierung Georgiens hinwirken, welche die Macht infolge zweifelhafter Wahlen übernahm. Polen will auch, dass die Europäische Union und die Türkei konkrete Schritte für eine Annäherung unternehmen.

Auch lässt sich mit Wiederbelebungsversuchen der Östlichen Partnerschaft rechnen, die stärker proeuropäische Reformen in Ländern unterstützen soll, die keine EU-Mitgliedschaft anstreben, und die einen größeren Nachdruck auf Sicherheit sowie die Bekämpfung hybrider Gefahren legen soll.

Eine weitere Priorität der polnischen Ratspräsidentschaft wird die Entwicklung des Bereiches Verteidigung der EU sein. Notwendig sei es hier, so das Programm der Ratspräsidentschaft, die Verteidigungsbereitschaft zu stärken, u. a. durch die Erhöhung der Militärausgaben und eine stärkere Rüstungsindustrie.

EU-Kommissar Kubilius will, dass die Europäische Kommission schon im März vorläufige Vorschläge für gemeinsame Maßnahmen im Bereich Verteidigung vorstellt. Kubilius erwägt eine gemeinsame Finanzierung in Höhe von ca. 100 Milliarden Euro im künftigen Finanzrahmen, also zehnmal soviel wie zurzeit. Die ersten großen Zahlungen aus dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen lassen sich sicherlich erst 2029 erwarten, daher sondiert Polen vorläufige Lösungen, die schon jetzt Geld bereitstellen. Polen will die Diskussion über die Art und Weise und die Erweiterung der Unterstützung für gemeinsame Verteidigungsprojekte, u. a. durch Erlangung einer externen Finanzierung in den nächsten Jahren, eröffnen.

Eine ambitionierte Lösung wäre, nach dem Modell des Aufbaufonds Next Generation EU eine gemeinsame Schuldenaufnahme für Rüstungszwecke zu schaffen. Diese Idee, die von Kaja Kallas noch in ihrer Zeit als Estlands Regierungschefin vorgeschlagen wurde, unterstützten Frankreich, Polen und einige andere Staaten. Skeptisch verhielten sich dagegen die Nettoeinzahler in Nordeuropa. Polen erwägt jetzt, eine Koalition der Staaten zu bilden, die einen Sonderverteidigungsfonds schaffen wollen, der sich auf die Ausgabe von Anleihen gründet. Diese sollen durch Garantien der an dieser Initiative teilnehmenden Länder abgesichert sein und

nicht von der gesamten EU. Das würde erlauben, die Anforderung der Einmütigkeit zu umgehen und Staaten wie Großbritannien oder Norwegen einzubeziehen. Polnischen Experten zufolge könnte eine solche »Koalition der Willigen« ca. 500 Milliarden Euro für mehrere Jahre generieren. Die Haltung Deutschlands in dieser Angelegenheit wird sich nach den Bundestagswahlen im Februar klären, und Polen rechnet auf die Unterstützung des neuen Bundeskanzlers, der wahrscheinlich Friedrich Merz werden wird.

Deutschland vertrat bisher die Meinung, dass sich Brüssel nicht auf die Finanzierung gemeinsamer Verteidigungsinvestitionen, sondern auf die Stimulierung der Rüstungsindustrie fokussieren sollte. Das ist keine Überraschung, wenn man berücksichtigt, dass das Produktionspotential und das technologische Potential der deutschen Rüstungsindustrie zur europäischen Spitze gehört. Polen dagegen wird sich um die Sicherung von EU-Mitteln für die Staaten der östlichen EU-Außengrenze bemühen, welche die Folgen der russischen Aggression am stärksten spüren. Die Mittel sollen sowohl für die Modernisierung der Rüstungsindustrie als auch für die Entwicklung der Verteidigungsinfrastruktur bestimmt sein, die Umsetzung des polnischen Leuchtturmprojektes »Schutzschild Ost« inbegriffen, also eines Systems, das die Grenze zu Russland und Belarus sowie die »Baltische Verteidigungslinie« verstärkt.

Zu den konkreten Angelegenheiten, die während der polnischen Ratspräsidentschaft erledigt werden müssen, gehört auch die Beendigung der sich hinziehenden Verhandlungen über die Europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich für die Jahre 2025–2027. Ihr Budget soll 1,5 Milliarden Euro betragen und den europäischen Rüstungssektor unterstützen. Bisher waren die Nutznießer ähnlicher Initiativen (Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung – engl. EDIRPA; Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion – engl. ASAP) große Rüstungskonzerne, wobei die polnische Rüstungsindustrie nur 0,25 Prozent von insgesamt 800 Millionen Euro erhielt. Polen befürwortet eine größere Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups, um die Dominanz der großen Player auszugleichen und die Diversifizierung des Marktes zu vergrößern.

Eine Priorität der polnischen Ratspräsidentschaft wird auch die Stärkung der Zusammenarbeit mit der NATO sein. Polen liegt an der Koordination der Aktivitäten der Europäischen Union und der USA gegenüber Russland sowie der Gewährleistung, dass sie sich ergänzen.

Polen wird außerdem für die außermilitärische Sicherheit und Resilienz der Europäischen Union sowie ihrer östlichen Nachbarschaft aktiv werden. Ein Vorhaben der Ratspräsidentschaft ist hier die Entwicklung

der Fähigkeiten der Europäischen Union, auf hybride Gefahren, Cyberattacken und Desinformation zu reagieren. Geplant ist die Gründung eines Europäischen Rates für Resilienz gegenüber Desinformation, der den Bereich Information beobachten und gegen fremde Eingriffe vorgehen soll.

Die polnische Ratspräsidentschaft greift auch die Frage der Sicherheit der EU-Außengrenzen und der Migrationspolitik auf. In ihrem Programm wird dieses Problem als erste Angelegenheit genannt, mit der sich der Rat »Justiz und Inneres« befassen soll. Warschau will die Migrationspolitik der EU verschärfen. Die polnische Regierung erwartet, dass die Europäische Kommission in der ersten Hälfte 2025 einen aktualisierten Entwurf für eine Rückführungsrichtlinie präsentieren wird, deren Ziel es sein soll, die Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten bei Abschiebungen zu verbessern. Polen fordert die Reform von Vorschriften, um das Prozedere der Abschiebung von Migranten, denen kein internationaler Schutz in der EU zuerkannt wurde, zu beschleunigen. Außerdem sind Diskussionen über die Schaffung von Abschiebezentren (»return hubs«) außerhalb der Europäischen Union absehbar. Diese Zentren, die aus EU-Mitteln finanziert werden sollen, sollen abgeschobene Migranten aufnehmen und für ihre Rückführung in die Herkunftsländer verantwortlich sein.

Außerdem äußerte sich Tusk kritisch über den Relokationsmechanismus, den der im Jahr 2024 geschlossene Migrationspakt vorsieht. Es ist jedoch schwer vorherzusagen, inwieweit diese Haltung der Wahlkampfrhetorik in Polen oder der tatsächlichen Entschlossenheit, das Dokument zu überarbeiten, geschuldet ist.

Wettbewerbsfähigkeit, also Sicherheit im Bereich Wirtschaft und Energie

Eine der grundlegenden Herausforderungen in Brüssel für die kommenden Jahre wird es sein, die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wiederherzustellen. Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, im Laufe der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit eine Strategie vorzustellen, welche die Ziele der ambitionierten Industriepolitik mit den Grundsätzen der Klimapolitik im Rahmen des Clean Industrial Deal verbindet. Polen beabsichtigt, auf die Ausgestaltung der neuen Strategie der wirtschaftlichen Transformation derart einzuwirken, dass auch die spezifischen Probleme der wirtschaftlichen Transformation in Ostmitteleuropa berücksichtigt werden. Zu den Prioritäten der Ratspräsidentschaft in diesem Bereich gehören: die Entwicklung einer starken Industriepolitik, die wirtschaftliche Sicherheit unter Berücksichtigung stabiler Energiepreise garantiert – Letzteres ein wesentlicher Aspekt für die Wettbewerbsfähigkeit; die Unterstützung für energieintensive Sektoren; die Verringerung der Bürokratie

tie der EU; die weitere Vertiefung des Binnenmarktes, insbesondere im Dienstleistungssektor. Von wesentlicher Bedeutung wird auch die Stärkung der europäischen Kapitalmärkte sein, mit dem Ziel, den Zugang zu Investitionskapital zu vergrößern.

Im Bereich Energie beabsichtigt Polen, die ehrgeizigen Vorhaben des Green Deal einzuschränken, und begründet das mit der Notwendigkeit, dass die Lebensmittel- und Energiesicherheit gewährleistet werden müssen. Die polnische Regierung wird unterstreichen, dass die Ängste der Bauern berücksichtigt werden müssen, die gegen die europäischen Vorschriften zur Reduktion der CO₂-Emissionen oder zur Förderung der Biodiversität Einspruch erheben. Im Zusammenhang mit der Energiesicherheit wird Polen fordern, Kernenergie als »grüne Energie« anzuerkennen. Die zurzeit in Polen errichteten Atomreaktoren sollen im Jahr 2040 19 Prozent des polnischen Strombedarfs decken. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft bestrebt sein, das Programm REPowerEU zu verlängern, das die vollständige Abkehr von Energieträgern aus Russland beinhaltet. Eine Prüfung wird für Polen sein, Ungarn, die Slowakei und Österreich von dieser Richtung zu überzeugen. Ende 2024 lief der Vertrag Russlands mit der Ukraine über den Transit russischer Gaslieferungen durch die Ukraine aus. Sie werden nun also russisches Gas auf anderen Wegen einführen müssen – wie es Ungarn bereits getan hat – oder einen Ersatz finden müssen. Eine interessante Initiative der polnischen Ratspräsidentschaft kann hier auch die geforderte Koordination der Einkaufspolitik für Energieträger sein sowie die Entwicklung von Energienetzverbindungen zwischen den EU-Staaten. Diese Initiative erinnert an die schon 2014 von der damaligen Regierung des Ministerpräsidenten Tusk vorgeschlagene Energieunion.

Ein Erfolg der polnischen Ratspräsidentschaft wäre es, die Diskussion über die Vorhaben des Green Deal aus dem Jahr 2019 neu zu justieren. Wesentlich wäre aus polnischer Perspektive, Wirtschaftswachstum befördernde Ziele stärker als bisher zu berücksichtigen. Es geht hierbei darum, dass der Prozess der Dekarbonisierung nicht zu einer Deindustrialisierung führt. Polen will, dass die europäische Politik bei fehlender Umsetzung der ökologischen Richtlinien mehr auf Anreize und Unterstützung setzt und weniger auf Sanktionen. Polen rechnet damit, dass es bei den Arbeiten am Clean Industrial Deal gelingen wird, eine Revision einiger Elemente des bereits verabschiedeten Pakets Fit for 55 vorzunehmen – des Regelpaketes, das zur Senkung des CO₂-Ausstoßes auf 55 Prozent bis zum Jahr 2030 führen soll.

Es ist nicht auszuschließen, dass drei Angelegenheiten erneut auf den Verhandlungstisch gelegt werden. Die erste wäre, dass die Strafen für die Automobilindustrie bei Überschreitung der für den CO₂-Ausstoß gesetzten

Grenzen terminlich verschoben werden oder ganz auf sie verzichtet wird. Außer Polen unterstützen Italien und Tschechien sowie Rumänien, die Slowakei und Bulgarien diese Idee. Mehr noch, sie findet auch in der Europäischen Volkspartei Unterstützung.

Die zweite Frage wäre, das System des EU-Emissionshandels zu lockern. Polen strebt eine zwei- oder dreijährige Verschiebung des Emissionshandels für Brennstoffe (EU-ETS 2) an, also der für 2027 geplanten Ausweitung des Handels mit Erlaubnissen für CO₂-Emissionen auf Gebäude und Straßenverkehr. Als Ratspräsidentschaft kann in dieser Angelegenheit allerdings nur Druck auf die Europäische Kommission ausgeübt werden, in der Absicht, dass diese eine Revision der Richtlinien aufnehmen wird. Diplomaten sprechen inoffiziell davon, dass die Idee, ETS 2 zu verschieben, Unterstützung in Ostmitteleuropa findet, es aber bisher nicht gelungen ist, die großen Staaten Westeuropas davon zu überzeugen.

In der Zeit der polnischen Ratspräsidentschaft ist schließlich auch der Versuch zu erwarten, dass der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (engl. CBAM) revidiert wird, eine 2026 angesetzte schrittweise Besteuerung bestimmter emissionsintensiver Waren aus Drittländern bei Einfuhr in die EU.

Polen und die Länder Ostmitteleuropas brauchen eine Erhöhung, zumindest aber die Aufrechterhaltung des EU-Budgets für die Energietransformation. Der Bericht des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny – PIE) »Jednolity rynek w czasie burzy« (Einheitlicher Markt im Sturm) aus dem Jahr 2023 stellt fest, dass die Länder Ostmitteleuropas stärker von fossilen Brennstoffen abhängig sind, was hohe Investitionskosten zur Folge hat, um den Rückstand im Energiebereich aufzuholen. Zum Vergleich: Das westeuropäische Potential erneuerbarer Energien ist um 250 Prozent größer als in Ostmitteleuropa. Die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien erfordert die Stabilisierung der Stromproduktion mithilfe zusätzlicher Energieträger, den Ausbau von Energiespeichern sowie die Entwicklung des Stromnetzes und von Interkonnektoren. Es besteht also ein großer Finanzbedarf. Außerdem wird ein Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft sein, die europäischen Mittel zur Unterstützung der Gruppen, die besonders von den Kosten der Transformation betroffen sind, auszubauen, z. B. Kleinunternehmer, die chemische Industrie und die Bauern. Im Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarktes für den Europäischen Rat vom April 2024 unterstreicht der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta, dass die Veränderungen in der Energiepolitik ohne eine solche Unterstützung auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen können.

Um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen der europäischen Wirtschaft anzuregen, sind enorme

Investitionen erforderlich. Gleichzeitig wird Warschau nicht wollen, dass es angesichts größerer Ausgaben für die Entwicklung neuer Technologien zu einer Reduzierung der Mittel für die Kohäsionspolitik oder die gemeinsame Agrarpolitik kommt, die für Polen größte Bedeutung haben. Daher wird sich die Ratspräsidentschaft darauf konzentrieren, das Portfolio eigener Ressourcen der EU zu erweitern, was sicherlich beinhalten soll, die Schulden mit neuen Schulden abzulösen. Wie auf diese Ideen die Staaten Nordeuropas, insbesondere Deutschland als größter EU-Nettozahler, reagieren werden, wird die Zeit zeigen.

Zusammenfassung

Die polnische Ratspräsidentschaft 2025 kann die Rolle eines Katalysators für wichtige Veränderungen in der Europäischen Union spielen. Dies ergibt sich sowohl aus dem geopolitischen Kontext als auch aus den Ambitionen Warschaws, die Prioritäten in Bereichen wie Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit oder EU-Erweiterung zu

gestalten. Die wesentliche Herausforderung wird hier die Fähigkeit sein, die Ambitionen in konkrete Lösungen zu gießen, welche die Akzeptanz der Partner findet. Der Erfolg wird also davon abhängen, die nationalen Interessen mit den Bedarfen der ganzen Gemeinschaft zu verbinden.

Damit kann die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union ein wichtiger Test für die Fähigkeit Polens werden, die Rolle eines verantwortungsvollen und strategischen Anführers in der EU zu spielen. Diese Chance zu nutzen, wird nicht nur für Polen von Bedeutung sein, sondern auch für die Zukunft des europäischen Projektes in Zeiten großer Herausforderungen. Donald Tusk hat am Ende seines Auftrittes während der Eröffnung der Ratspräsidentschaft am 3. Januar 2025 eine Frage an ganz Europa gerichtet: »Seid ihr alle bereit, erneut auf den europäischen Weg der Größe, Stärke und Souveränität zu gehen? Denn Polen ist bereit.«

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

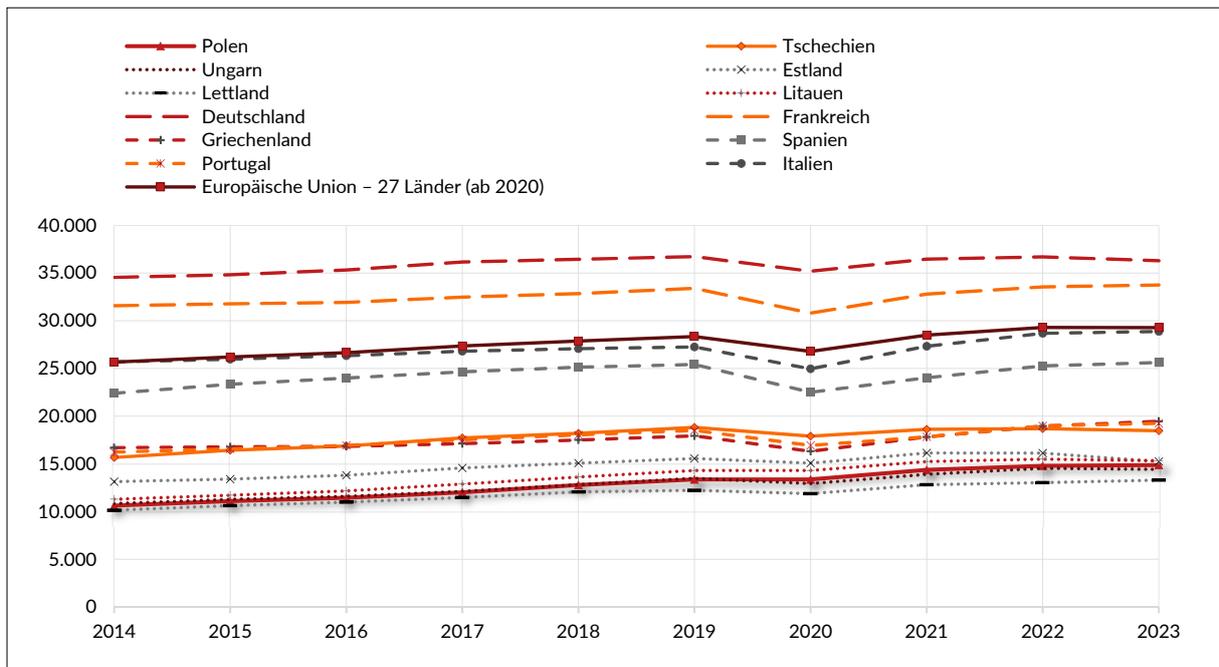
Über den Autor

Dr. Piotr Womela, Kunsthistoriker und promovierter Politikwissenschaftler, ist Projektkoordinator und Analytiker der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen. Zuvor war er im Kulturministerium und Außenministerium sowie als Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) tätig.

STATISTIK

BIP pro Kopf und Militärausgaben im europäischen Vergleich

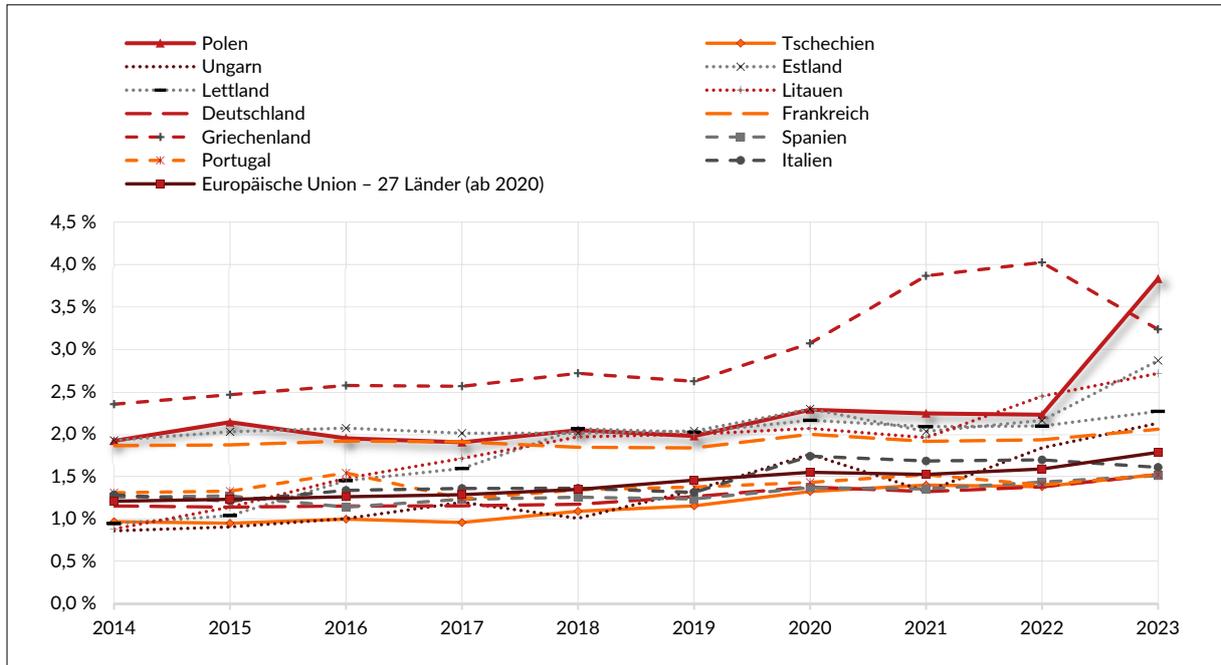
Grafik 1: Eurostat: reales BIP pro Kopf (verkettete Volumen, 2010, Euro pro Kopf)



	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Polen	10.620	11.090	11.440	12.020	12.780	13.370	13.370	14.370	14.800	14.880
Tschechien	15.670	16.440	16.860	17.720	18.200	18.820	17.900	18.620	18.690	18.480
Ungarn	10.840	11.280	11.600	12.110	12.820	13.490	12.930	13.910	14.540	14.430
Estland	13.140	13.410	13.800	14.580	15.070	15.570	15.070	16.140	16.130	15.250
Lettland	10.150	10.630	11.000	11.480	12.070	12.230	11.890	12.820	13.040	13.300
Litauen	11.290	11.710	12.160	12.880	13.630	14.300	14.310	15.240	15.500	15.330
Deutschland	34.540	34.810	35.320	36.150	36.440	36.720	35.180	36.460	36.690	36.290
Frankreich	31.580	31.780	31.930	32.470	32.850	33.390	30.800	32.800	33.540	33.750
Griechenland	16.700	16.780	16.840	17.120	17.510	17.930	16.320	17.820	18.960	19.460
Spanien	22.400	23.340	24.000	24.650	25.130	25.420	22.510	24.020	25.270	25.620
Portugal	16.240	16.560	16.930	17.520	18.040	18.500	16.940	17.840	18.970	19.250
Italien	25.690	25.960	26.330	26.800	27.080	27.260	24.960	27.330	28.670	28.880
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	25.660	26.200	26.660	27.360	27.870	28.340	26.790	28.490	29.300	29.280

Quelle: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_08_10/default/table

Grafik 2: Verteidigungsausgaben als Anteil am BIP im europäischen Vergleich



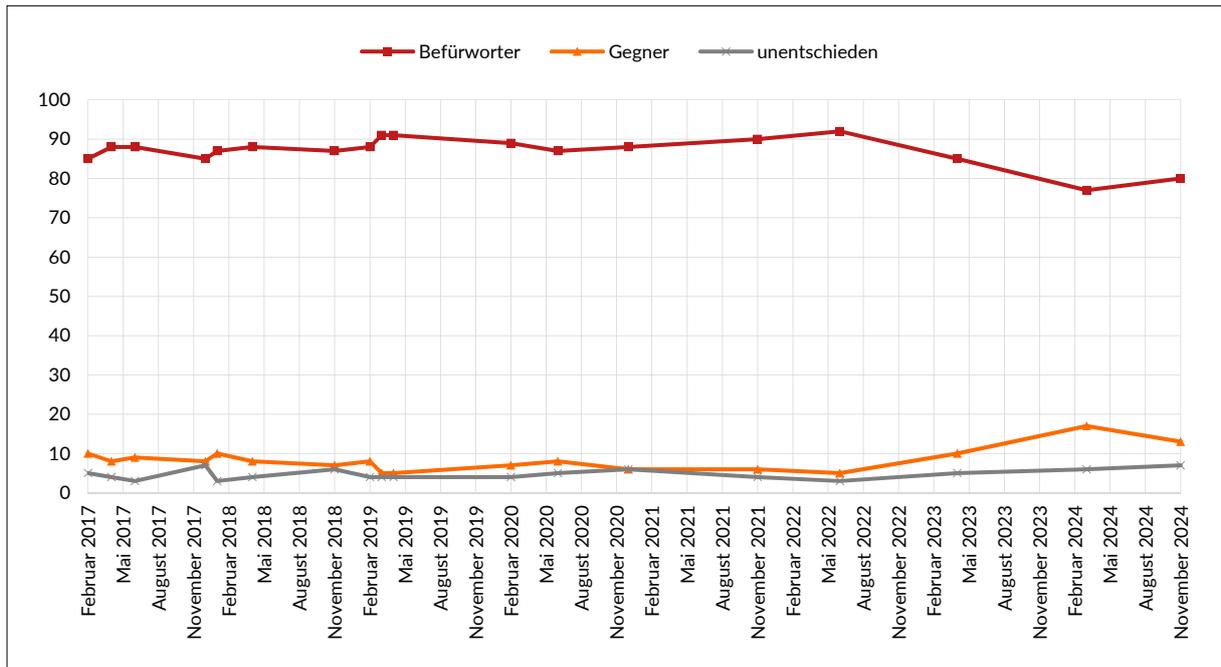
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Polen	1,92 %	2,14 %	1,95 %	1,90 %	2,04 %	1,98 %	2,29 %	2,24 %	2,23 %	3,83 %
Tschechien	0,97 %	0,95 %	1,00 %	0,96 %	1,09 %	1,15 %	1,32 %	1,40 %	1,38 %	1,52 %
Ungarn	0,86 %	0,90 %	1,00 %	1,19 %	1,01 %	1,34 %	1,76 %	1,32 %	1,84 %	2,13 %
Estland	1,93 %	2,03 %	2,07 %	2,01 %	2,01 %	2,04 %	2,30 %	2,03 %	2,16 %	2,87 %
Lettland	0,94 %	1,04 %	1,45 %	1,59 %	2,06 %	2,02 %	2,16 %	2,09 %	2,09 %	2,27 %
Litauen	0,88 %	1,14 %	1,48 %	1,71 %	1,97 %	2,00 %	2,07 %	1,96 %	2,45 %	2,72 %
Deutschland	1,15 %	1,14 %	1,15 %	1,15 %	1,17 %	1,26 %	1,37 %	1,32 %	1,38 %	1,52 %
Frankreich	1,86 %	1,87 %	1,92 %	1,91 %	1,84 %	1,84 %	2,00 %	1,91 %	1,93 %	2,06 %
Griechenland	2,35 %	2,46 %	2,57 %	2,56 %	2,72 %	2,62 %	3,07 %	3,87 %	4,02 %	3,23 %
Spanien	1,25 %	1,27 %	1,14 %	1,23 %	1,25 %	1,23 %	1,37 %	1,35 %	1,43 %	1,51 %
Portugal	1,31 %	1,33 %	1,54 %	1,24 %	1,34 %	1,37 %	1,43 %	1,52 %	1,40 %	1,52 %
Italien	1,28 %	1,21 %	1,33 %	1,36 %	1,36 %	1,31 %	1,74 %	1,68 %	1,69 %	1,61 %
Europäische Union - 27 Länder (ab 2020)	1,21 %	1,23 %	1,26 %	1,28 %	1,35 %	1,46 %	1,55 %	1,52 %	1,59 %	1,78 %

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database 2024, <https://www.sipri.org/databases/milex>; Daten für Europäische Union - 27 Länder (ab 2020): eigene Berechnung anhand der SIPRI-Daten

UMFRAGEN

Umfragen zur Europäischen Union und zur polnischen EU-Ratspräsidentschaft

Grafik 1: Die Einstellung zur Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union (2017–2024, %)

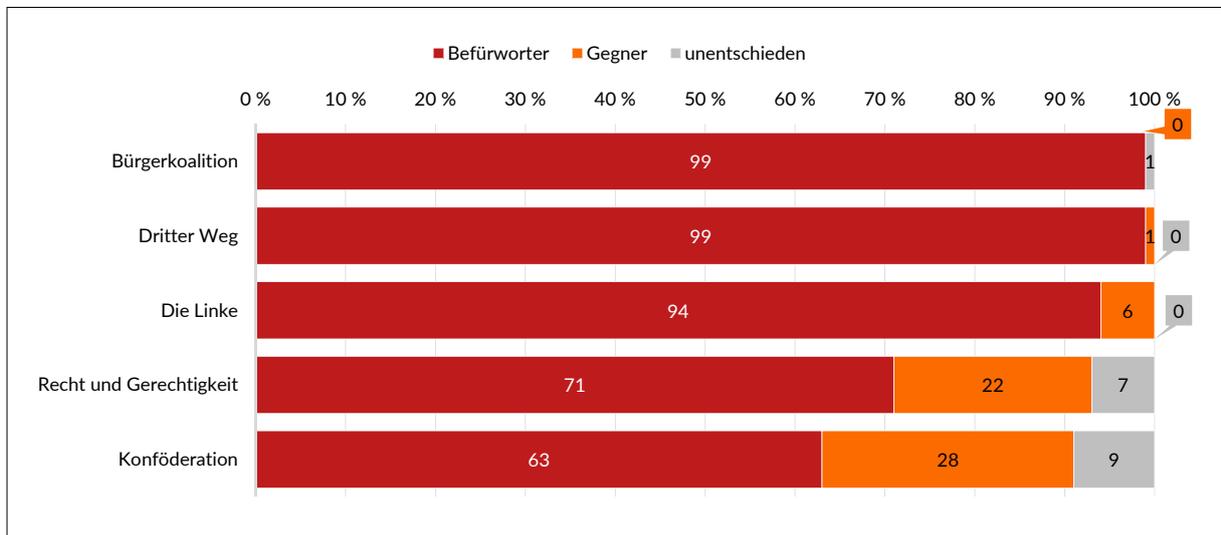


	Februar 2017	April 2017	Juni 2017	Dezember 2017	Januar 2018	April 2018	November 2018	Februar 2019	März 2019
Befürworter	85	88	88	85	87	88	87	88	91
Gegner	10	8	9	8	10	8	7	8	5
unentschieden	5	4	3	7	3	4	6	4	4

	April 2019	Februar 2020	Mai/Juni 2020	Dezember 2020	November 2021	Juni 2022	April 2023	März 2024	November 2024
Befürworter	91	89	87	88	90	92	85	77	80
Gegner	5	7	8	6	6	5	10	17	13
unentschieden	4	4	5	6	4	3	5	6	7

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

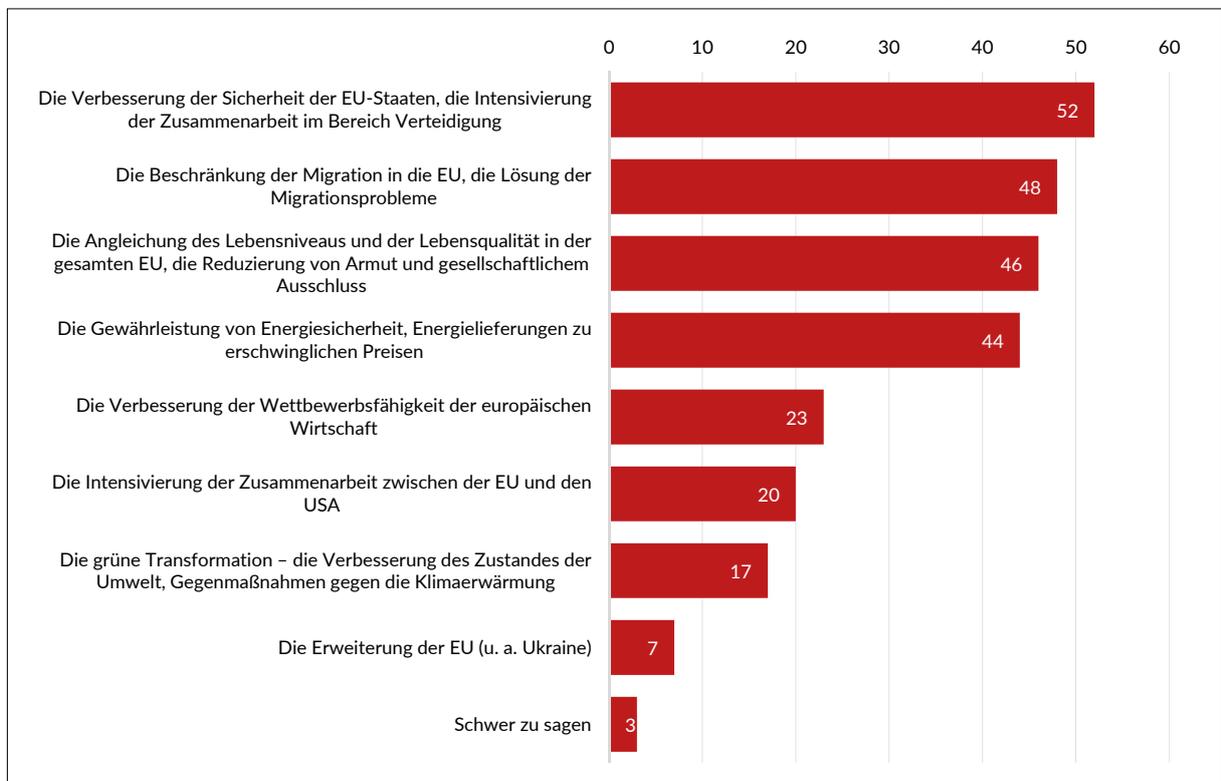
Grafik 2: Die Einstellung zur Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union nach Parteipräferenzen (November 2024, %)
Potentielle Wählerschaft von



Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO; Dritter Weg/ Trzecia Droga (= Polen 2050/Polska 2050 + Polnische Bauernpartei/Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL); Die Linke/Lewica; Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Konföderation/Konfederacja

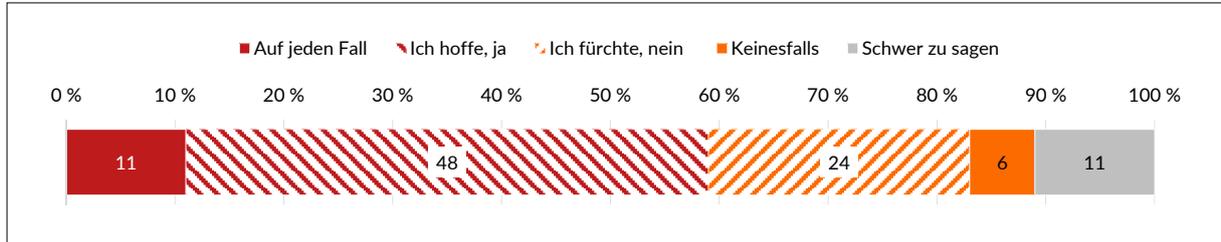
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 3: Was sind zurzeit die größten Herausforderungen der Europäischen Union? (November 2024, %)



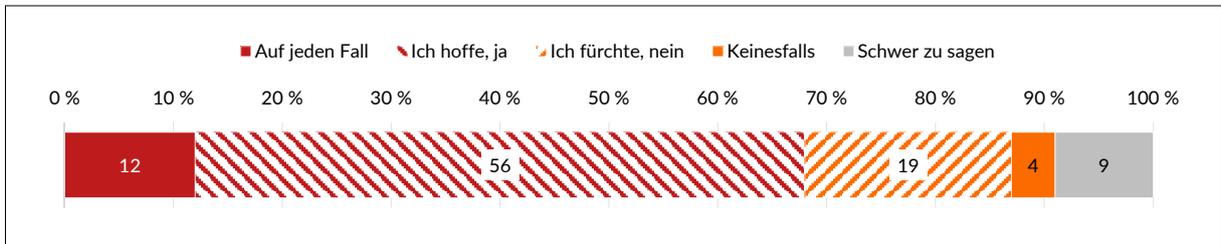
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 4: Ab Januar 2025 übernimmt Polen die EU-Ratspräsidentschaft. Wird dies dazu beitragen, den Einfluss Polens auf die Politik der Europäischen Union zu vergrößern? (November 2024, %)



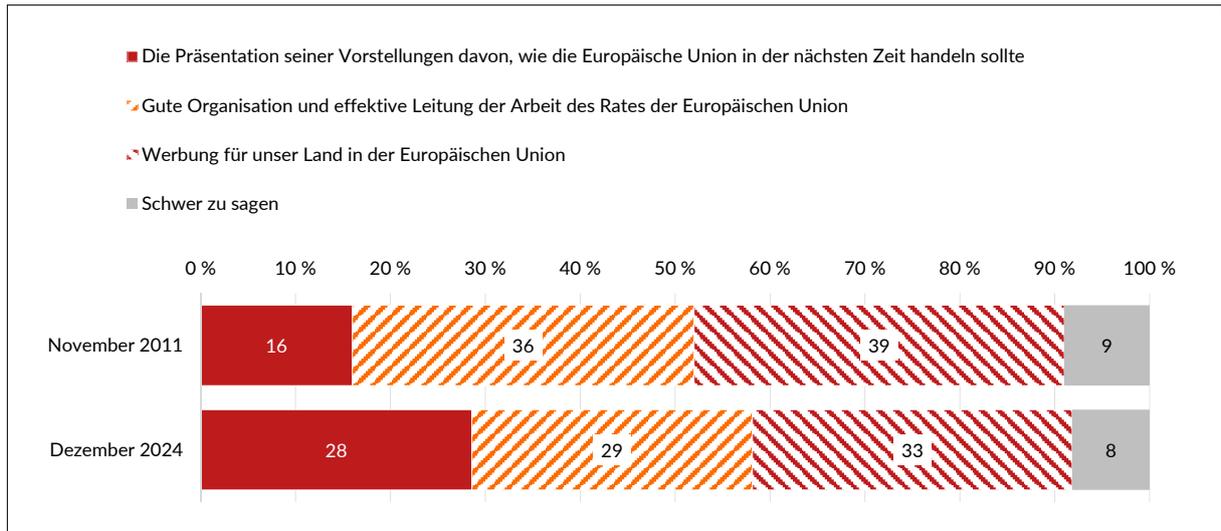
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 5: Ab Januar 2025 übernimmt Polen die EU-Ratspräsidentschaft. Wird dies dazu beitragen, das Ansehen Polens in Europa und der Welt zu verbessern? (November 2024, %)



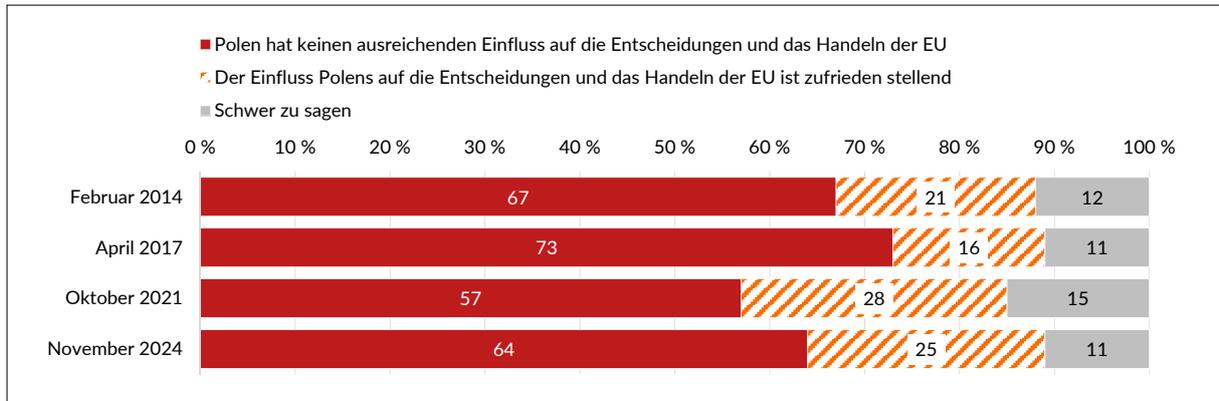
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 6: Sollte sich Polen während seiner Ausübung der EU-Ratspräsidentschaft vor allem auf ... konzentrieren (2011, 2024, %)



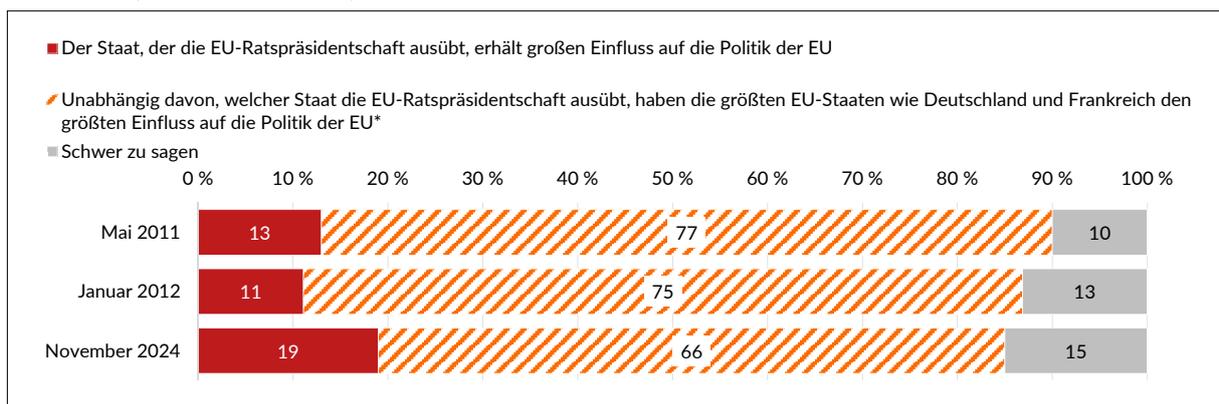
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 7: Polens Position in der Europäischen Union – welchen Aussagen stimmen Sie zu? (November 2024, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

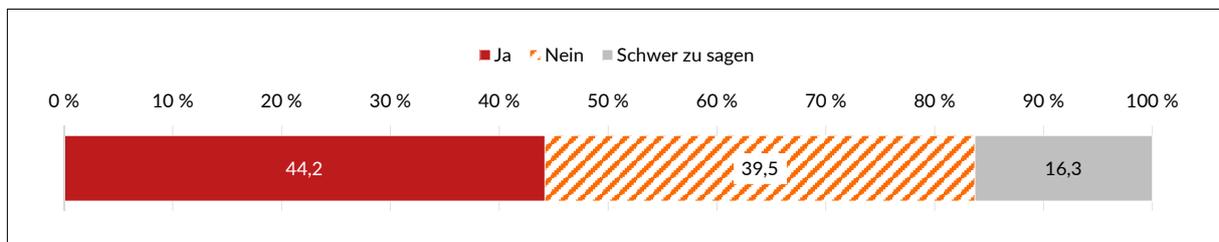
Grafik 8: Die Einflussnahme auf die Politik der Europäischen Union – welchen Aussagen stimmen Sie zu? (November 2024, %)



* In den Jahren 2011 und 2012 wurde hier auch Großbritannien genannt.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 129/2024: Przed prezydentą Polski w Radzie UE [Vor der EU-Ratspräsidentschaft Polens]. Warszawa 12/2024. www.cbos.pl

Grafik 9: Ist die Zusammenarbeit der Regierung, des Präsidenten und der Opposition während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft möglich? (Januar 2025, %)



Umfrage am 07.-08.01.2025 von SW Research für »Rzeczpospolita«.

Quelle: <https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-sondaz-rzad-bedzie-wspolpracowac-z-prezydentem-w-tle-prezyde,nld,7889974> (abgerufen am 14.01.2024).

CHRONIK

3. Dezember 2024 – 20. Januar 2025

03.12.2024	Ministerpräsident Donald Tusk empfängt Thérèse Blanchet, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union. Während des Treffens, an dem auch Regierungsmitglieder teilnehmen, stellt Tusk die Aufgaben und Ziele der polnischen EU-Ratspräsidentschaft vor, die Polen im ersten Halbjahr 2025 übernimmt. Schwerpunkte werden die äußere und innere Sicherheit der Europäischen Union sowie ihre Sicherheit in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Lebensmittel sein. Tusk sagt, Polen werde sich dafür einsetzen, dass die europäischen Partner verstehen, dass Sicherheit und eine realistische Bewertung der Beziehungen zu Russland von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft der EU sind. Es sei der Zeitpunkt gekommen aufzuwachen, so Tusk.
04.12.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz unterzeichnet einen Vertrag über die Lieferung von 320 Tankwagen CD-10s (215 Stück garantiert, 105 optional) für den Transport und die Speicherung von Kraftstoffen. Die Lieferung im Gesamtwert von mehr als einer Milliarde Zloty soll in den Jahren 2026–28 erfolgen.
05.12.2024	Der Sejm spricht sich mit 241 Ja-Stimmen gegen 204 Nein-Stimmen (keine Enthaltungen) dafür aus, dem ehemaligen Justizminister Zbigniew Ziobro die Abgeordnetenimmunität abzuerkennen und ihn zwangsweise vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur sog. Pegasus-Affäre zu bringen. Ziobro, der bereits viermal vor dem Ausschuss erscheinen sollte, hat zweimal ein ärztliches Attest vorgelegt und ist zweimal ohne Absage ferngeblieben. Der Ausschuss untersucht die Beteiligung der Vorgängerregierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) an der Überwachung von Politikern der Opposition, Journalisten, regierungskritischen Anwälten u. a. mit Hilfe der Spähsoftware Pegasus im Jahr 2019. Das Justizministerium soll damals den Kauf der Software beauftragt und finanziert haben.
06.12.2024	In einer gemeinsamen Erklärung verurteilen die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens (»Weimarer Dreieck«) die Entscheidung der in Georgien regierenden Partei Georgischer Traum, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auszusetzen. Sie rufen die Partei zur Deeskalation und zu einem pluralistischen Dialog mit allen politischen Kräften im Land und der Zivilgesellschaft auf. Hintergrund sind die Parlamentswahlen in Georgien im Oktober. Die Opposition erkennt das Wahlergebnis mit dem Sieg der prorussischen Partei Georgischer Traum nicht an und spricht von Wahlfälschung.
09.12.2024	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Anteil ausländischer Arbeitnehmer an der gesamten arbeitenden Bevölkerung Ende Juni 2024 6,7 Prozent. Davon hatten knapp 70 Prozent die ukrainische Staatsbürgerschaft, auf Platz zwei folgten Belarussen und auf Platz drei Georgier.
10.12.2024	Der Kanzlerkandidat der CDU, Friedrich Merz, wird auf der Rückkehr von seinem Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw, wo er zu einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj war, in Warschau von Ministerpräsident Donald Tusk empfangen. Merz wirbt für die Idee der Bildung einer europäischen Kontaktgruppe zur Unterstützung der Ukraine. Der Kontaktgruppe sollten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen angehören. Gemeinsam mit der Ukraine sollten sie verschiedene Handlungsszenarien für die Situation nach der Regierungsübernahme in den USA durch den Republikaner Donald Trump im Januar vorbereiten. Medienberichten zufolge reagierten sowohl Selenskyj als auch Tusk positiv auf Merz' Vorschlag.
11.12.2024	Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder trifft auf seiner ersten Polen-Reise zu einem Besuch in Warschau ein. Vor einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk betont er die Bedeutung Polens als zentraler Sicherheitspartner für Bayern, Deutschland und die Europäische Union. Bayern plane engere Wirtschaftsbeziehungen zu Polen. Zu diesem Zweck soll in Breslau (Wrocław) eine Bayerische Vertretung entstehen, um Unternehmen aus Bayern dabei zu unterstützen, Geschäftskontakte zu knüpfen. Außerdem besucht Söder in Warschau Mahnmale für die Opfer der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges. Am Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto (1943) kniet er nieder.
12.12.2024	Außenminister Radosław Sikorski reist zu einem Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens, Großbritanniens, Spaniens, Italiens und der EU-Außenbeauftragten in Berlin, zu dem Bundesaußenministerin Annalena Baerbock eingeladen hat. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen die Länder ihre Unterstützung für die Ukraine auf ihrem »unumkehrbaren Weg der vollständigen euroatlantischen Integration, die Mitgliedschaft in der NATO inbegriffen«. Friedensverhandlungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dürfe es nur unter Mitwirkung der Ukraine und den Europäern an ihrer Seite geben. Der Ukraine werden »eiserner« Sicherheitsgarantien zugesagt. Außerdem soll die Europäische Union mehr in ihre Rüstungsindustrie investieren.

13.12.2024	Außenminister Radosław Sikorski stellt die Prioritäten der sechsmonatigen polnischen EU-Ratspräsidentschaft vor, die am 1. Januar 2025 beginnt. Polen werde sich für die politische, militärische und finanzielle Unterstützung der Europäischen Union für die Ukraine zur Beendigung des russischen Angriffskrieges einsetzen. Die gegen Russland und Belarus verhängten Sanktionen der Europäischen Union sollen intensiviert und ihre Umgehung bekämpft werden. Eine weitere Priorität ist die Stärkung der Sicherheit und Resilienz der Europäischen Union, was die Bereiche Militär, Migration, Wirtschaft, Ernährung und Desinformation betrifft.
14.12.2024	Władysław Kosiniak-Kamysz, Parteivorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), teilt mit, dass Szymon Hołownia (Polen 2050/Polska 2050) gemeinsamer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2025 ist. Er hebt hervor, dass Hołownia der Kandidat mehrerer politischer Milieus und daher der Kandidat aller Bürgerinnen und Bürger sei.
16.12.2024	In einem Interview mit der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP) bestätigt Mateusz Morawiecki, ehemaliger Ministerpräsident aus der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass er für seine Kandidatur als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im Europäischen Parlament Unterstützung von der bisherigen EKR-Vorsitzenden Georgia Meloni, Parteichefin der italienischen rechtspopulistischen Partei Brüder Italiens (Fratelli d'Italia), erhält. Die Entscheidung über den Vorsitz wird voraussichtlich Anfang 2025 fallen. Nach Ansicht Morawieckis befindet sich Europa in der größten Wirtschafts- und Identitätskrise seit Jahrzehnten. In den kommenden Jahren werde sich entscheiden, ob Europa wieder groß oder eine Kolonie fremder Großmächte werde.
17.12.2024	Ministerpräsident Donald Tusk wird in Lwiw (Ukraine) vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj empfangen. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz ruft Tusk die politischen Führungspersonen in der Europäischen Union, den USA und Kanada auf, die von Russland angegriffene Ukraine in ihrem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen. Die Spekulationen über eine mögliche Niederlage der Ukraine müssten aufhören, so Tusk. Die westlichen Demokratien müssten alles dafür tun, dass die Ukraine ohne Verluste für das eigene Territorium, die Grenzen und die Sicherheit aus dem russischen Angriffskrieg hervorgeht. Selenskyj bekräftigt, dass die Ukraine für einen gerechten Frieden eine starke und gemeinsame Position der Partner brauche. Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen im ersten Halbjahr 2025 werde die EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine beschleunigen. Tusk und Selenskyj kündigen außerdem die Eröffnung eines neuen Grenzübergangs (Malhowice – Niżankowice) am 20. Dezember an.
18.12.2024	Sejmarschall Szymon Hołownia teilt mit, dass ein Antrag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf ein Misstrauensvotum gegen Dariusz Wiczorek, Minister für Wissenschaft und Hochschulen der Partei Die Linke (Lewica), eingegangen ist. Wiczorek wird vorgeworfen, seine Eigentumsverhältnisse nicht korrekt angegeben zu haben, außerdem soll es an der Universität Stettin (Szczecin) zu Unregelmäßigkeiten bei der Stellenbesetzung gekommen sein, über die der Minister informiert worden sei.
20.12.2024	In einer Erklärung verurteilt das Außenministerium die Entscheidung des Ministerpräsidenten Ungarns Viktor Orbán, Marcin Romanowski politisches Asyl zu gewähren, als »unfreundlichen Akt« gegenüber Polen und unvereinbar mit den Grundsätzen der Europäischen Union. Der ungarische Botschafter in Polen sei für eine Protestnote einbestellt worden. Gegen den ehemaligen stellvertretenden Justizminister Romanowski liegt ein europäischer Haftbefehl vor; die polnische Staatsanwaltschaft wirft ihm mehrere Straftaten in einem Korruptionsskandal im Justizministerium unter der Vorgängerregierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) vor.
23.12.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz unterzeichnet in Stalowa Wola einen Liefer- und Wartungsvertrag über Militärausrüstung in Höhe von ca. 17 Mrd. Zloty (ca. vier Mrd. Euro). Der Vertrag sei eine Investition sowohl in die Sicherheit als auch die Wirtschaft Polens. Weiter kündigt er an, dass Polen im nächsten Jahr 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das sind ca. 187 Mrd. Zloty (ca. 43,9 Mrd. Euro), für Militärausgaben einsetzen wird.
31.12.2024	In einer gemeinsamen Erklärung des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) zeigen sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und ihre Amtskollegen Jean-Noël Barrot und Radosław Sikorski besorgt über die neuesten Entwicklungen in Georgien, wo nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Oktober die Regierungspartei Georgischer Traum die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union eingefroren hat. Die georgische Regierung wird aufgefordert, den Dialog mit allen politischen Kräften und Vertretern der Zivilgesellschaft aufzunehmen, um das Vertrauen in die georgische Demokratie wiederherzustellen. Die demokratischen und europäischen Bestrebungen des georgischen Volkes würden entschieden unterstützt.
31.12.2024	In seiner Neujahrsansprache kritisiert Präsident Andrzej Duda, welcher der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nahesteht, die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) kümmere sich nicht um die Entwicklung der Infrastruktur und des Gesundheitssystems, stattdessen spalte sie die Gesellschaft und könne keine Rechtssicherheit im Land gewährleisten. Die Demokratie in Polen sei geschwächt.

03.01.2025	Im Warschauer Nationaltheater findet in Anwesenheit hoher politischer Vertreter Polens und der Europäischen Union der Festakt zum Beginn der EU-Ratspräsidentschaft Polens statt. Die Ratspräsidentschaft, die Polen von Ungarn übernimmt, steht unter dem Motto »Sicherheit, Europa!« Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, sagt in seiner Rede, Polen sei eine Quelle der Resilienz und Energie in Zeiten, in denen Autoritarismus und Populismus eine zunehmende Gefahr für die europäischen Werte darstellen. Staatspräsident Andrzej Duda lässt sich von seinem außenpolitischen Berater Wojciech Gerwel vertreten. Dem Botschafter Ungarns, Peter Szijjarto, hat Außenminister Radosław Sikorski am selben Tag mitgeteilt, er sei bei der Eröffnung unerwünscht. Hintergrund ist ein Konflikt wegen politischen Asyls, das Ungarn Ende Dezember einem hochrangigen polnischen Politiker der Vorgängerregierung gewährt hat. Gegen ihn liegt ein europäischer Haftbefehl vor.
07.01.2025	In einem Interview im 1. Polnischen Radiosender sagt Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski, das Abkommen über die Freihandelszone mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Bolivien) sei zu den aktuellen Bedingungen inakzeptabel. Die Lieferkontingente aus den Mercosur-Staaten in die Europäische Union seien bei Absenkung der Zölle zu stark angehoben worden und es habe keine Konsultationen mit den Landwirten gegeben. Die Verhandlungen seien geheim geführt worden, was zu Unzufriedenheit und Überraschung über das Ergebnis geführt habe. Außer Polen äußern auch Frankreich und Italien Einspruch gegen das Abkommen.
08.01.2025	Sejm marschall Szymon Hołownia gibt den Termin des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen bekannt. Sollte am 18. Mai keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, ist der zweite Wahltermin für den 1. Juni angesetzt. Bis zum 4. April können die Kandidaten zur Wahl angemeldet werden.
09.01.2025	Auf Anfrage von Präsident Andrzej Duda sagt Ministerpräsident Donald Tusk den Vertretern der israelischen Regierung Schutz und sichere Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zu, die Ende Januar in Polen stattfinden. Es werde keine Verhaftung geben, sagt Tusk mit Blick auf den gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erlassenen Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes. Laut Tusk sei zurzeit im Gespräch, dass Israel durch seinen Bildungsminister repräsentiert wird. Hintergrund des Haftbefehls ist, dass Netanjahu unter dem Verdacht von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen steht.
10.01.2025	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau die EU-Kommissarin für Erweiterung, Marta Kos. Thematisiert werden Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar begann. Sikorski unterstreicht, dass die EU-Erweiterungspolitik ein wichtiges Mittel sei, um Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa zu fördern. Die EU-Mitgliedschaft sei keine Pflicht, sondern die freie Wahl des betreffenden Landes und bedeute die Akzeptanz der gemeinsamen europäischen Werte. Gegenteiligen Tendenzen im Kontext der Erweiterungspolitik müsse mit den betreffenden Ländern entgegen gewirkt werden. Des Weiteren spricht sich Sikorski für eine stärkere Zusammenarbeit mit der belarussischen Opposition aus.
11.01.2025	Der Landesrat der Partei Gemeinsam (Razem) bestimmt Adrian Zandberg, den Ko-Vorsitzenden der Partei, zum Kandidaten für die Wahlen des Staatspräsidenten im Mai.
13.01.2025	Medienberichten zufolge übernimmt der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (Brüder Italiens/Fratelli d'Italia) den Fraktionsvorsitz der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im Europaparlament.
14.01.2025	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) exportierte Polen zwischen Januar und November 2024 Waren im Wert von 323,4 Mrd. Euro. Der Import belief sich auf 321,9 Mrd. Euro. Das sind -1,2 Prozent bzw. + 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Deutschland war mit 27,1 Prozent im Export und 19,3 Prozent im Import der größte Handelspartner Polens.
15.01.2025	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird in Warschau von Ministerpräsident Donald Tusk empfangen. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen sagt Tusk, Polen werde sich während seiner EU-Ratspräsidentschaft (Januar bis Juni 2025) dafür einsetzen, dass das erste Verhandlungskluster für den Beitritt der Ukraine zur europäischen Union eröffnet wird. Weitere Themen des Treffens waren u. a. die militärische Unterstützung der Ukraine, gegen die Russland einen Angriffskrieg führt, der Wiederaufbau der Ukraine, Maßnahmen zur internationalen Isolierung Russlands sowie die Exhumierung der polnischen Opfer des Massakers von Wolhynien (1943–1945).
16.01.2025	Krzysztof Bosak, Mitglied der Parteiführung der Konföderation (Konfederacja), teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass dem Parteigericht ein Antrag auf den Parteiausschluss von Grzegorz Braun zugeht. Der Europaabgeordnete Braun hat am Vortag verkündet, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren, die Konföderation hatte jedoch bereits Sławomir Mentzen, Mitglied der Parteiführung, als Kandidaten bestimmt.
17.01.2025	Präsident Andrzej Duda beruft Marcin Kulasek zum neuen Minister für Wissenschaft und Hochschulen. Kulasek gehört dem Koalitionspartner in der Regierung Die Linke (Lewica) an.

18.01.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt im Kurznachrichtendienst X mit, dass 28 Panzer des Modells M1A2SEPV3 Abrams aus den USA in Polen eingetroffen sind. Insgesamt umfasst der Liefervertrag in Höhe von 4,75 Mrd. US-Dollar 250 Panzer des neuesten Modells.
20.01.2025	Vor seinem Abflug zum Weltwirtschaftsforum in Davos sagt Präsident Andrzej Duda, er blicke mit Zufriedenheit auf die am selben Tag in Washington stattfindende Vereidigung von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten. Er hoffe auf die Intensivierung der Zusammenarbeit und der Sicherheit Polens in der Amtszeit von Trump; dieser verstehe die Angelegenheiten Ostmitteleuropas hervorragend. Da Polen zu den Staaten mit den höchsten Verteidigungsausgaben weltweit zähle, sei eine gute Politik der USA gegenüber Polen zu erwarten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>